

PRESSESPIEGEL
der CDU in Pankow
April 2025

Datum: 04.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Johannes Kraft

TEURER HELIKOPTER IN PANKOW

Christoph 100: „Dazu ist ein Rettungshubschrauber nicht gedacht“



Der Rettungshubschrauber Christoph 100 steht einsatzbereit vor dem Hangar am neuen Hubschrauberstandort am Klinikum in Berlin-Buch. © FUNKE Foto Services | Jörg Krauthöfer

Berlin. Zahlen des Senats liefern Details zu den Einsätzen des neuen Rettungshelikopters in Pankow. Und verdeutlichen ein Problem.

Und genau hier setzt **Johannes Kraft** an. Man freue sich grundsätzlich, den Hubschrauber zu haben, teilt der CDU-Politiker der Morgenpost mit, da eine

angemessene Notarztversorgung in Buch und Karow zuvor praktisch kaum gegeben war. Allerdings müsse „Christoph 100“ selbst auf äußerst kurzer Distanz eingesetzt werden, da es keine **Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF)** im Gebiet gibt. Die nächsten sind in Bernau und der Pasewalker Straße nahe dem S-Bahnhof Heinersdorf stationiert. In der Bezirksverordnetenversammlung Pankow gab es Ende Januar bereits **einen Beschluss** zur NEF-Stationierung am Helios Klinikum Buch. Er dient dem Bezirksamt jedoch nur als Empfehlung – und das letzte Wort hat der Senat.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408701370/christoph-100-dazu-ist-ein-rettungshubschrauber-nicht-gedacht.html>

Datum: 05.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: Manuela Anders-Granitzki, David Paul

Wo sind Kopf und Katze geblieben?

PANKOW: Kunst in Parks und auf Plätzen fällt immer wieder der Zerstörungswut zum Opfer

von Thomas Schubert

Wer hat Ernst Thälmanns Kopf geklaut? Wer stahl die Katzen-Figur an der Greifswalder Straße? Zwei aktuelle Fälle – die Entwendung des 50 Zentimeter großen Thälmann-Kopfs an der Beatrice-Zweig-Straße und der Verlust einer Bronze-Katze der Installation „Mädchen mit Katzen“ – sind nur die neuesten Vorkommnisse in einer langen Liste der Zerstörungen.

Der Verordnete David Paul (CDU) hat nun beim Bezirksamt eine Bilanz aller Vorkommnisse in den vergangenen zehn Jahren abgefragt. Und eine Chronologie vorgelegt bekommen,

die eine Befürchtung nährt: Dass Metalldiebe und andere Übeltäter sich systematisch an Kunstobjekten in Pankow vergehen. Auf mindestens 144 000 Euro beläuft sich der Schaden nach Schätzungen der Abteilung von Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) in den vergangenen Jahren.

Wobei einige Vorkommnisse besonders hervorstechen: Zwei Engelsfiguren auf dem Musikpavillon im Bürgerpark sind 2019 mutwillig zerstört worden. Es gebe „keine Wiederherstellung wegen fehlender Mittel und einen Bedarf von rund 30 000 Euro“, berichtet das Bezirksamt auf Anfrage von Paul. Durch das Absägen des Horns

an der Bronze-Figur „Gazelle“ im gleichen Park entstand eine Rechnung von 2500 Euro. Als teuer erwies sich auch die Zerstörung der Sandsteinfigur „Spielende Bären“ auf dem Helmholtzplatz (5860 Euro) und der Skulptur „Albert und Einstein“ im Einsteinpark (5355 Euro). Den Verlust der großen Bronze-Katze an der Greifswalder Straße, zu dem die Polizei einen Zeugenauftrag startete, schlägt mit 6000 Euro zu Buche. Nach jetzigem Stand ist auch dieser Verlust nicht wieder gutzumachen, weil dem Bezirksamt Geld für Reparaturen und Neubeschaffung von Kunstwerken fehlt. So gesehen droht dem Bezirk eine Situation, in der Kunstinstallationen,

sobald sie beschädigt wurden, nur noch entstellt zu sehen sind – oder eben gar nicht.

„Ich bin zutiefst erschrocken, wie sehr sich Kriminelle an öffentlicher Kunst vergehen – sei es mit Zerstörungen oder mit Diebstahl. Bei Diebstahl wird der Bevölkerung Kunst genommen und bei der Zerstörung fragt man sich, welcher Mehrwert dabei erreicht wird“, sagt David Paul. „Ich bin der festen Auffassung, dass kein Bürger das positiv unterstützt. Insofern braucht es eine Stärkung der Aufklärungs- und Verfolgungsbehörden sowie schnellere Rechtsverfahren. Recht und Gesetz müssen nachhaltig durchgesetzt werden.“

Datum: 05.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Jörn Pasternack

Auch bislang Unmögliches wird möglich

WEISSENSEE: Weil die Rettung des Kinderkrankenhauses zu platzen droht, will der Bezirk neu denken

von Thomas Schubert

Krachen die Pläne des Bezirksamts Pankow zusammen, ist das Kinderkrankenhaus Weißensee womöglich bald Geschichte? Aber noch will sich Immobilienstadtrat Jörn Pasternack (CDU) nicht geschlagen geben. Der Kampf um das Gelände an der Hansastraße gestaltet sich aber schwieriger denn je: Mindestens 70 Millionen Euro gilt es zu beschaffen, um hinter der stark verfallenen Ruine des Denkmals einen Schulstandort für bis zu 900 Kinder zu errichten.

Weil aber wegen des Sparzwangs in Berlin wohl kein Cent aus den Mitteln der Berliner Schulbauoffensive fließen wird, müssen Pasternack und das Bezirksamt improvisieren. Und auch Lösungen in Betracht ziehen, die man eigentlich Ende der 2010er-Jahre verworfen hatte. Zum Beispiel eine Wohnnutzung von Teilen des verkommenen Krankenhauses. Vielleicht auch neuen Wohnungsbau auf dem verwilderten Denkmalgelände. Geht das überhaupt?

Dieses Szenario hält der Pankower Schule- und Immobilienstadtrat Jörn Pasternack jedenfalls für möglich. Auf Anfrage der Berliner Morgenpost erklärt er zum aktuellen Stand der Lösungssuche: „Es gibt mehrere Szenarien, die denkbar sind – unter anderem eine Kombination aus Bildungsinfrastruktur wie einem Schulstandort und ergänzenden Nutzungsformen, darunter auch Wohnnutzung.“



Bricht das Kinderkrankenhaus Weißensee nach über zwei Jahrzehnten Leerstand in sich zusammen? Das Bezirksamt zieht alle Register, um das Schlimmste zu verhindern. Auch verworfene Ideen kommen wieder zum Vorschein. Foto: Thomas Schubert

Schon im Jahre 2019, als das Pankower Bezirksamt durch eine Rückübertragung der Problem-Immobilie wieder Zugriff auf das Gelände bekam, hatten Christdemokraten wie der Pankower Kreisvorsitzende Dirk Stettner die Möglichkeit ins Spiel gebracht, eine Wohnnutzung zu prüfen. Damals aber setzte das Land Berlin alles auf eine andere Karte: Das Kinderkrankenhaus sollte zum Schulcampus werden. Mit einem Neubau hinter den Ruinen und einer möglichen Verwaltungsnutzung der Altbaukomplexe. Und man wollte dabei unbedingt ohne das Geld von privaten Investoren auskommen.

Eine Planung, die sich jetzt durch die schlechte Haushaltslage im Land Berlin und im Bezirk Pankow zu zerschlagen droht. Denn allein die Sanierung der stark beschädigten Gebäudehülle beläuft sich auf Summen jenseits der 20 Millionen Euro. Zusammen mit dem Schulneubau könnte das Gesamtprojekt leicht die 100-Millionen-Euro-Marke sprengen, schätzen Experten des Bezirksamts.

Lässt sich mit einer Wohnnutzung die Rettung des Denkmals kofinanzieren? Kann ein privater Geldgeber das strahlende Wiederbelebungsvorhaben vor dem Absturz bewahren?

Stadtrat Pasternack hält das für überlegenswert. „Eine solche Mischnutzung könnte aus meiner Sicht helfen, die Voraussetzungen für eine nachhaltige Sanierung und Nutzung des Areals zu schaffen und gleichzeitig den weiteren Verfall der historischen Substanz zu verhindern. Ein möglicher Verkauf von Teilflächen an private Investoren wäre unter bestimmten Rahmenbedingungen vorstellbar, sofern damit das übergeordnete Ziel einer verantwortungsvollen Entwicklung des Gesamtstandorts unterstützt wird.“ Bestenfalls könne die Rettung der denkmalgeschützten Gebäude, die ab

1911 an der Hansastraße entstanden, und das öffentliche Interesse an Schulplätzen in Weißensee ineinandergreifen – so zumindest die Idee.

Dass man Privatinvestoren mit ins Boot holt, stößt in Pankows Lokalpolitik allerdings auf hartnäckigen Widerstand. So weist die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung immer wieder darauf hin, dass gerade eine Investoren-Lösung das architektonische Kleinod ins Verderben führte. Denn mit dem Platzen des Umbaus zu einem Krebsforschungszentrum Anfang der 2000er-Jahre fing der rasante Abstieg des Denkmals erst an.

Datum: 02.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Dirk Stettner



Exklusiv / Gegen Judenfeindlichkeit in Berlin CDU-Fraktion will 7. Oktober zum „Tag gegen Antisemitismus“ machen

Das Datum des Angriffs der Hamas auf Israel soll in Berlin zum Aktionstag gegen Antisemitismus werden, fordert CDU-Fraktionschef Dirk Stettner. Auch einen Tag gegen Islamfeindlichkeit begeht Berlin künftig.

Die Berliner CDU-Fraktion will auf Vorschlag ihres Vorsitzenden Dirk Stettner den 7. Oktober in Berlin offiziell als „Tag gegen jede Form von Antisemitismus“ einführen. „An diesem Tag soll die Öffentlichkeit für die Gefahren und Auswirkungen des Antisemitismus sensibilisiert werden“, heißt es im Antrag der Fraktion für das Abgeordnetenhaus, der dem Tagesspiegel vorliegt.

„Der Kampf gegen Antisemitismus bleibt unsere gemeinsame tägliche Aufgabe“, sagte **Stettner**. Mit dem Tag wolle an für das Thema sensibilisieren und die Bekämpfung von Judenfeindlichkeit fördern.

Senat soll mit jüdischer Gemeinde Programm entwickeln


Dazu sollten gezielte Aufklärungs- und Dialogangebote entwickelt werden, damit das „Verständnis für unterschiedliche Religionen verbessert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden“, erklärte der CDU-Fraktionschef.

Dafür solle der Senat mit der jüdischen Gemeinde zu Berlin und weiteren jüdischen Institutionen und Gemeinschaften in den Austausch treten, um Veranstaltungen und Begegnungsprojekte zu unterstützen, die Aufklärung, Prävention und Dialog fördern.

Als Datum schlug **Stettner** den 7. Oktober vor, den Tag des [Angriffs der palästinensischen Terrororganisation Hamas](#) auf Israel im Jahr 2023. Bei den Attacken wurden mehr als 1000 Israelis getötet. An etlichen Personen wurden Gräueltaten verübt und zudem 250 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

Erst zu Beginn der Woche hatte **Stettner** gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh angekündigt, künftig den Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit am 15. März als [festen Aktions- und Gedenktag in Berlin zu implementieren](#). Damit stärke man den Zusammenhalt aller Religionen in der Stadt, hieß es.

Der Aktionstag wurde 2022 von den Vereinten Nationen ausgerufen als Reaktion auf den islamfeindlichen Terrorangriff im neuseeländischen Christchurch, bei dem 2019 51 Muslime getötet und 50 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Datum: 06.04.2025	Medium: BZ
	Autor: Stefan Peter Thema: Dirk Stettner

Kein Geld für Poller-Schikanen in Berlin!



B.Z.-Redakteur Stefan Peter kommentiert das CDU-Machtwort gegen Poller Foto: picture alliance / dts-Agentur / BZ-Montage

Jetzt werden die Kiez-Blocks blockiert: Die Berliner CDU will keine Landesmittel mehr für Poller & Co. bereitstellen. Dazu die Meinung von B.Z.-Redakteur Stefan Peter.

Autos böse, Fahrräder gut – so schlicht ist das Bild vieler Grüner, wenn es um Verkehrspolitik geht. Egal, ob Verbrenner oder Elektro-Antrieb, die Öko-Partei bekämpft den fahrbaren Untersatz mit immer neuen Schikanen.

Jetzt spricht CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner ein Machtwort – weitere [Poller](#) werden vom Senat nicht finanziert!**

Wenn das Geld ausbleibt, kommen die grünen Ideologen vielleicht endlich zur Besinnung. Schließlich hat kaum jemand etwas gegen sichere Kieze. Doch die pure Blockade von Autos ist eben noch kein Konzept.

Höchstens ein Geschenk an die eigene Wählerschaft: Anwohner werden oft nicht befragt oder das Ergebnis von „Bürgerbeteiligungen“ steht schon vorher fest.

Erst wenn sich das ändert, sollte wieder Geld fließen.

Datum: 08.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft



Tagesspiegel Plus

Ist die Einigung im BVG-Tarifstreit unfinanzierbar?: „Ich habe keine Idee, wo das Geld herkommen soll“

Die Empfehlung der Schlichter im Tarifstreit sieht für die BVG-Beschäftigten ein dickes Lohnplus vor. Doch woher die zusätzlichen 140 Millionen Euro jährlich kommen sollen, sagt niemand.

Von [Christian Latz](#)
08.04.2025, 18:20 Uhr

Am Ende ging es selbst für die Beteiligten überraschend schnell.

Ich sehe nicht, wo das Land Berlin und der Steuerzahler diese 140 Millionen Euro hernehmen sollen.


Berliner CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft**

Johannes Kraft: „Das ist ein ganz schön dicker Batzen und aus dem Haushalt selbst nicht zu bezahlen. Ich sehe nicht, wo das Land Berlin und der Steuerzahler diese 140 Millionen Euro hernehmen sollen.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ist-die-einigung-im-bvg-tarifstreit-unfinanzierbar-ich-habe-keine-idee-wo-das-geld-herkommen-soll-13509745.html>

Datum:08.04.2025	Medium: t-online
	Autor: Max Pribilla Thema: Dirk Stettner

Trotz Gegenwinds für CDU-Fraktionschef

Dirk Stettner spricht sich weiter für Antisemitismus-Gedenktag aus



Dirk Stettner (Archivbild): Der CDU-Fraktionschef hält einen zusätzlichen Gedenktag gegen Antisemitismus für notwendig.

Maurizio Gambarini

In der Berliner SPD gibt es Zweifel an einem Gedenktag gegen Antisemitismus. Dieser relativiere den bestehenden Holocaust-Gedenktag. Dirk Stettner spricht in diesem Zusammenhang von einer "sehr gewagten These".

Der Fraktionschef der Berliner [CDU](#) im Abgeordnetenhaus hält an seinem Vorschlag eines Gedenktags gegen Antisemitismus am 7. Oktober fest. "Ich halte es für eine sehr gewagte These,

dass ein besonderes Gedenken an das Massaker vom 7. Oktober den Holocaust-Gedenktag in irgendeiner Weise verwässert oder relativiert", sagte **Dirk Stettner**.

Zuvor hatte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Melanie Kühnemann-Grunow mit Verweis auf den etablierten Holocaust-Gedenktag am 27. Januar verhalten auf den Vorschlag **Stettners** reagiert. Man müsse darüber reden, ob es sinnvoll sei, mit einem weiteren Gedenktag das Holocaust-Gedenken am 27. Januar "aus dem Fokus" zu nehmen.

Diese Ansicht halte er für "nicht tragfähig", sagte **Stettner** dazu. Seine Begründung: "Am 27. Januar gedenken wir aller Opfer der Nazis und nicht explizit der Juden, das ist ein wichtiger Unterschied."

Stettner trennt zwischen Shoah und Antisemitismus

Politik lebe auch davon, sich klar zu gesellschaftlichen Problemen zu positionieren, die es zu lösen gelte. "Deswegen brauchen wir Tage, Orte und Symbolik dafür." Der 7. Oktober solle deshalb "mit Selbstverständlichkeit" ein Tag des besonderen Gedenkens und der besonderen Arbeit gegen Antisemitismus sein.

Stettner hatte seinen Vorschlag sowie den Entwurf für einen entsprechenden Antrag in der vergangenen Woche öffentlich gemacht. Am 7. Oktober 2023 hatte die Hamas [Israel](#) überfallen. Die Terrororganisation tötete Hunderte Menschen und nahm zahlreiche Geiseln, von denen sich einige noch immer in Gefangenschaft befinden.

Datum: 09.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Stefan Jacobs Thema: Johannes Kraft

Trotz Neuregelung in der StVO: Berliner Senat plant keine neuen Busspuren

Die strengen Kriterien für Busspuren wurden gelockert. Die Verkehrsverwaltung sieht aber keinen Grund, den neuen Spielraum konsequent zu nutzen.

Von [Stefan Jacobs](#)
09.04.2025, 17:04 Uhr

Die CDU-geführte Berliner Verkehrsverwaltung plant keine neuen Busspuren, obwohl das rechtlich neuerdings leichter möglich wäre. Der Koalitionspartner SPD ist darüber massiv verärgert. Der Dissens zeigte sich, als der parlamentarische Verkehrsausschuss am Mittwoch über die Konsequenzen der kürzlich in Kraft getretenen [StVO-Novelle für Berlin](#) diskutierte.

Die Neuerungen der Straßenverkehrsordnung „können wir jetzt nicht als Freibrief verwenden, überall Busspuren anzuordnen“, erklärte Christian Haegele, der in der Mobilitätsverwaltung die Abteilung Verkehrsmanagement leitet. Die StVO verlange weiterhin, dass „Verkehrszeichen zwingend erforderlich“ sein und alle Umstände abgewogen werden müssten. „Wir können ja nicht einfach Dinge machen, nur weil sie jetzt möglich sind.“

Wir können ja nicht einfach Dinge machen, nur weil sie jetzt möglich sind.

Christian Haegele, Abteilungsleiter Verkehrsmanagement beim Senat

SPD-Verkehrspolitiker Tino Schopf erwiderte mit Verweis auf frühere Senatsauskünfte: Berlin werfe Jahr für Jahr „fünf Millionen Euro zum Fenster raus“, weil die Busse so langsam seien und deshalb mehr Fahrzeuge und Personal gebraucht würden. Schopf betonte, dass bei den

Beratungen im Bund schon 2024 klargeworden sei, dass das bisherige Kriterium von mindestens 20 Bussen pro Stunde für eine Busspur wegfalle. „Dass sie nichts, aber auch gar nichts in der Schublade haben, wo wir Bussonderfahrstreifen anordnen können, kann ich nicht nachvollziehen und nicht akzeptieren.“

Sein Kollege Matthias Kollatz (SPD) erinnerte daran, dass seit etwa zehn Jahren auch im Verkehrsausschuss die BVG-Vorstände immer wieder betont hätten, dass Busspuren die effektivste kurzfristige Abhilfe gegen das sinkende Tempo wären. Nach Tagesspiegel-Informationen ergibt eine um einen Kilometer pro Stunde geringere Durchschnittsgeschwindigkeit der Busse für die BVG einen Mehrbedarf von 100 Fahrerinnen und Fahrern.

CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft** verteidigte die Verwaltungslinie: „Wir sollten uns nicht darauf versteifen, alle Probleme mit einem Weg zu lösen.“ Busspuren nähmen anderen Verkehrsteilnehmern Platz weg. Nötig seien intelligentere Ampelsteuerungen und besseres Baustellenmanagement.

Datum: 11.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft

Führerschein teuer wie nie: FDP fordert Kostenübernahme für Berlins beste Schüler, Soldaten und Freiwilligendienstler

In 2024 kostete der Führerschein durchschnittlich zwischen 2.500 und 3.500 Euro. Die Kosten summieren sich vor allem oft wegen der zu langen Wartezeiten auf Prüfungstermine. Von Christian Latz.



Foto: dpa / Swen Pförtner

Der **Führerschein wird immer mehr zum Luxusgut**. Laut dem Fahrlehrer-Verband Berlin kostete der Führerschein 2024 durchschnittlich **zwischen 2.500 Euro und 3.500 Euro**. (Q: **RBB**) Damit der Traum vom eigenen Auto nicht schon an der Fahrerlaubnis scheitert, fordert die Berliner FDP, das Land solle **für die besten Schüler die Kosten übernehmen**. „Für mich ist es vorstellbar, den **besten zehn Prozent jedes Abschlussjahrgangs** den Führerschein zu finanzieren“, sagte **Berlins FDP-Generalsekretär Peter Langer** dem Checkpoint. Profitieren sollten **auch Soldaten und Freiwilligendienstler**. Der Staat solle die Fahrschule „als **vollständig finanzierten Bestandteil der Grundausbildung** bei der Bundeswehr sowie im Rahmen eines Freiwilligendienstes“ anbieten. So bleibe das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bestehen.

CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft** biegt auf die Ideen noch nicht richtig ab. „Ich würde mir wünschen, dass der Führerschein nicht am Geld hängt. Aber die **Mittel des Landes sind begrenzt.**“ Schuld an den hohen Kosten sei oft das **zu lange Warten auf den Prüfungstermin.** „In vielen Fällen muss man dann wieder bei null anfangen.“ Schuld sei der **Mangel an Fahrprüfern.** Durch Ausnahmeregelungen bei den Zulassungsvorschriften habe man darauf schon reagiert. Über den Bundesrat strebe Berlin dazu eine grundsätzliche Gesetzesänderung an, sagte Kraft. „Dann ergibt sich das Problem mit den Kosten hoffentlich nicht mehr.“

Der **SPD-Verkehrsexperte Tino Schopf** hat eine **andere Lösung** gegen das Problem: „ein **preiswertes und attraktives ÖPNV-Angebot**“. Ganz nach dem Motto: Es verzichtet sich leichter, wenn man gar nichts vermisst.

Datum: 12.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Johannes Kraft

623 Mal ging es in die Luft

BUCH: Zahlen des Senats liefern Details zu den Einsätzen des neuen Rettungshelikopters

von Sebastian Struwe

Berlins neuester Retter aus der Luft, der Helikopter „Christoph 100“, ist nun seit 2. Januar 2024, also mehr als ein Jahr im Dienst.

Wie oft Berlins dritter, fest stationierter Rettungshubschrauber mit Standort am Helios Klinikum Berlin-Buch abgehoben ist und wohin, zeigt im Detail die Antwort der Senatsverwaltung für Inneres und Sport als Trägerin der Luftrettung auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Johannes Kraft (CDU) aus Pankow.

Berlins Rettungshubschrauber heben ab, wenn der Notruf

darauf hindeutet, dass ein Notarzt vor Ort benötigt wird und dieser die Einsatzstelle durch kein anderes Rettungsmittel schneller erreichen kann. In Brandenburg war die Maschine im Jahr 2024 insgesamt 225 Mal im Einsatz, am häufigsten im Landkreis Barnim (106), gefolgt vom Landkreis Oberhavel (51).

Innerhalb Berlins wurde er bis Februar dieses Jahres 2155 Mal alarmiert. Im Jahr 2024 wurden Flüge in Berlin und Brandenburg insgesamt 625 Mal abgebrochen. Ein Einsatzabbruch erfolgt, wenn durch erst eingetroffene Rettungskräfte festgestellt wird, dass ein Notarzt doch nicht benö-

tigt wird. Von den Einsätzen im Berliner Stadtgebiet bis Februar entfielen 23 auf den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, 28 auf Friedrichshain-Kreuzberg, 42 auf Neukölln, 52 auf Tempelhof-Schöneberg, 65 auf Steglitz-Zehlendorf, 67 auf Mitte, 127 auf Lichtenberg, 208 auf Spandau, 227 auf Marzahn-Hellersdorf, 341 auf Trepow-Köpenick und 352 auf Reinickendorf.

Die mit Abstand meisten Einsätze wurden jedoch in Pankow absolviert. 623 Mal ging es in die Luft – davon wurde allein 243 Mal der Ortsteil Buch angesteuert sowie 188 Mal die umliegenden Ortsteile Karow, Blankenburg und Fran-

zösisch Buchholz. Hier setzt Johannes Krafts Kritik an.

Man freue sich grundsätzlich, den Hubschrauber zu haben, teilt der CDU-Politiker der Morgenpost mit. Allerdings müsse „Christoph 100“ selbst auf äußerst kurzer Distanz eingesetzt werden, da es keine Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) im Gebiet gibt. In der Bezirksverordnetenversammlung Pankow gab es Ende Januar bereits einen Beschluss zur NEF-Stationierung am Helios Klinikum Buch. Er ist jedoch nur eine Empfehlung an das Bezirksamt. Das letzte Wort hat hierbei der Senat.

Mehr dazu auf Seite 3.

Datum: 12.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe
	Thema: Johannes Kraft



Die von der DRF Luftrettung betriebene Airbus-Maschine an ihrem Standort in Buch. Foto: J. Krauthöfer/FFS

Zu Fuß schneller als der Rettungshubschrauber

PANKOW: CDU-Politiker kritisiert hohe Kosten für „Christoph 100“

Fortsetzung von Seite 1

„Der Rettungshubschrauber ist relativ häufig im Nahbereich unterwegs, wofür er eigentlich gar nicht gedacht ist“, erklärt Kraft und weist auf die damit verbundenen Probleme hin.

Zum einen ist das Abheben von „Christoph 100“ wesentlich kostspieliger als es der Einsatz eines NEF wäre. Für Letzteres schlagen der Antwort auf seine parlamentarische Anfrage zufolge pro Einsatz derzeit 316,36 Euro zu Buche. Beim Rettungshubschrauber lasse sich dies nicht pauschal sagen, es gebe zahlreiche Variablen. Die Kosten

dürften aber deutlich höher sein. Zum anderen führten die vielen Starts, Landungen und abgebrochenen Einsätze, die mit einem NEF in der Nähe nicht notwendig wären, zu „erheblicher Lärmbelästigung“ für Anwohner in Buch.

Und dann ist da, nicht zuletzt und insbesondere, die benötigte Zeit bei Einsätzen in der Nähe. „Es gab zuletzt Einsätze in der Senioreneinrichtung Rosengarten. Von der Rettungsstelle des Helios-Klinikums aus sind das zu Fuß ein paar Minuten. Der Helikopter braucht deutlich länger“ so Kraft. Das verdeutlicht auch die benötigte Zeit für „Christoph 100“ von der Alarmie-

rung bis zum Eintreffen am Einsatzort in der Antwort auf seine Anfrage. So vergingen im Jahr 2024 in Buch im Mittel 9,1 Minuten, in Karow 9 Minuten, in Blankenburg 10,75 Minuten und in Französisch Buchholz 11,7 Minuten.

Wichtig ist Kraft zudem der Blick in die mittelfristige Zukunft des Einsatzes von „Christoph 100“. Denn in der sollen mehrere Wohnquartiere mit Tausenden von Wohnungen im Norden von Pankow entstehen. „Der wesentliche Treiber ist die medizinische Versorgung – insbesondere vor dem Hintergrund der stark wachsenden Bevölkerung in der Region“, mahnt Kraft.

Datum: 16.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner



Tödlicher Angriff in der U-Bahn Stettner für flächendeckendes Messerverbot in Berlin

Am Wochenende hat ein Messerangriff in der U-Bahn tödliche Folgen. CDU-Fraktionschef Stettner macht sich für sehr weitreichende Konsequenzen stark.

Nach dem tödlichen Messerangriff in einer Berliner U-Bahn schlägt CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** ein stadtweites Messerverbot vor - und fordert vom Bund, dafür den Weg zu ebnen. „Ich appelliere an die neue Bundesregierung, wenn sie dann gebildet ist, das Waffenrecht schnellstmöglich entsprechend anzupassen“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

„Wir haben momentan nicht die Ermächtigungsgrundlage für das Land, ganz Berlin messerfrei zu machen“, erläuterte er. Das Waffenrecht gebe das nicht her. „Ich würde mich sehr freuen, wenn der Bund das ändern und dafür sorgen würde, dass das Waffengesetz so angepasst wird, dass die Bundesländer in der Lage sind, auch eine ganze Stadt zur messerfreien Zone zu erklären.“

Appell an den Bund

„Denn es erschließt sich mir in keinster Art und Weise, warum jemand in Berlin mit einem Messer als Waffe durch die Straßen laufen muss“, so **Stettner**. „Das erklärt sich mir überhaupt nicht. Und ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum wir die Polizei darauf beschränken, nur in erklärten Messerverbotzonen anlasslos kontrollieren zu dürfen.“

Eine Erweiterung der bestehenden Messerverbotzonen etwa auf die U-Bahn, die der Senat jetzt prüft, hält Stettner für sinnvoll, wie er sagte. Aber: „Ich glaube, wir müssen noch grundsätzlicher und ehrlicher über dieses Phänomen sprechen.“

Fast 90 Prozent der Messertäter sind Männer

Stettner weiter: „Und wir müssen auch auf gesellschaftliche Tatbestände blicken.“ Laut Kriminalstatistik seien knapp 90 Prozent der Messertäter männlich - bei einem Anteil der Männer an der Gesamtbevölkerung von 49,5 Prozent. Knapp 60 Prozent seien nicht deutscher Herkunft, bei einer Quote von Menschen nicht deutscher Herkunft in Berlin von rund 25 Prozent. „Das heißt, wir haben ganz signifikant migrantische Männer als Messertäter“, so **Stettner**. Darauf habe auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel schon hingewiesen. „Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass sie schneller abgeschoben werden, erst recht, wenn sie mit Straftaten bereits polizeibekannt sind.“

Zehn Messerangriffe pro Tag

Stettner verwies zudem darauf, dass in Berlin laut Statistik im Durchschnitt pro Tag zehn Messerangriffe begangen werden. „Und das kriegen doch die Berlinerinnen und Berliner mit und das macht doch was mit uns.“ Messerkriminalität sei berlinweit ein Problem, nicht nur an der einen oder anderen Stelle, sagte der CDU-Politiker. „Und deswegen brauchen wir die Möglichkeit, ein Messerverbot berlinweit umzusetzen und auch unserer Polizei die Arbeit zu erleichtern.“

Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei in Berlin laut Kriminalitätsstatistik 3.412 Messerangriffe - also fast 10 pro Tag. Das waren insgesamt zwar 70 Attacken oder zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl bedeute jedoch den zweithöchsten Wert im Langzeitvergleich und sei eindeutig zu hoch, erklärte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) jüngst bei der Vorstellung der Statistik.


Tatort U-Bahn

Am Samstag soll laut Polizei ein 43 Jahre alter Syrer einen 29-jährigen Deutschen in einer U-Bahn mit einem Küchenmesser niedergestochen und tödlich verletzt haben. Die Männer sollen zuvor in einem Zug der U12 im Berliner Westen in Streit geraten sein. Das Opfer starb schließlich auf einem Bahnsteig des U-Bahnhofs Sophie-Charlotte-Platz in Charlottenburg.

Der mutmaßliche Angreifer wurde wenig später auf der Straße viermal von einem Polizisten angeschossen, weil er mit einem Küchenmesser auf mehrere Beamte zugegangen sein soll. Er starb später in einem Krankenhaus.

Bisher drei Messerverbotzonen

Seit Februar gibt es in Berlin drei vom Senat festgelegte Messerverbotzonen am Leopoldplatz, am Görlitzer Park und am Kottbusser Tor. Die Polizei kann hier unabhängig von konkreten Verdachtsmomenten Kontrollen durchführen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert ein generelles Verbot von Messern in der Öffentlichkeit und nicht nur in bestimmten Zonen. *(dpa)*

Datum: 18.04.2025	Medium: BZ
	Autor: Mariella Mandurino Thema: Johannes Kraft

CDU fordert 3,5-Tonnen-Limit

Straßenschäden! Lastwagen-Ärger in Französisch Buchholz



Johannes Kraft fordert eine Tonnagebegrenzung und ein Tempolimit in Französisch Buchholz Foto: Christian Lohse / Bild

Von Mariella Mandurino

Straßen senken sich ab, Wohnungen wackeln, Schulwege sind marode! Französisch Buchholz hat Ärger mit tonnenschweren Lastwagen, die dort parken und Schäden verursachen. Jetzt will der Pankower CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft (48) die Wohnstraßen retten.**

In einem Antrag an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fordert Kraft, den Schwerlastverkehr in mehreren Straßen von Französisch Buchholz zu stoppen. So soll die zulässige Fahrzeugtonnage in der Parkstraße, Eddastraße,

Elfenallee und Chamissostraße begrenzt werden – auf maximal 3,5 Tonnen.

Wasser- und Gasleitungen können Schaden nehmen

Der CDU-Abgeordnete: „Der Zustand der Straßen und Gehwege ist schlimm. Man sieht, dass sie durch die Lkw sehr leiden. Die Bordsteine sind hoch, das heißt, dass sich die Straßen an vielen Stellen abgesenkt haben.“ Weil darunter Leitungen für Wasser, Abwasser und Gas liegen, befürchtet Kraft, dass sie gravierend beschädigt werden könnten.

Der Politiker vermutet, dass die Lkw-Fahrer zumeist in Französisch Buchholz wohnen, da die Schwertransporter auch über Nacht in den Straßen parken.

Zusätzlich zum 3,5-Tonnen-Limit will Kraft auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung einführen. „Hier ist eine 30er-Zone, aber die Leute fahren deutlich schneller. In den Wohnungen der Anwohner bebt es und genauso tut es das auch auf den Leitungen unter der Straße.“ Krafts Forderung: 10 km/h!

Die Straßen sind uneben, die Gehwege stark sanierungsbedürftig. Für Anwohner und Schulkinder kein sicherer Zustand Foto: Christian Lohse / Bild


Mangelnde Schulwegsicherheit in Französisch Buchholz

„Manche knallen hier mit 70 km/h lang und da wackelt und bebt es“, sagt Anwohner Jeff S. (33) zu B.Z. „Ich habe auch schon häufiger gesehen, dass sich Leute auf Fahrrädern hier hingelegt haben, weil die Steine so weit auseinander stehen, und dann fällt auch mal ein kleines Kind hin.“ In dem Wohngebiet befindet sich eine Grundschule, die maroden Straßen und Gehwege gefährden also auch die Schulwegsicherheit der Kinder.

Anwohner Jeff S. (33) lebt seit sieben Jahren in der Parkstraße. Er hat schon viele Radunfälle von seiner Wohnung aus beobachten können Foto: Christian Lohse / Bild

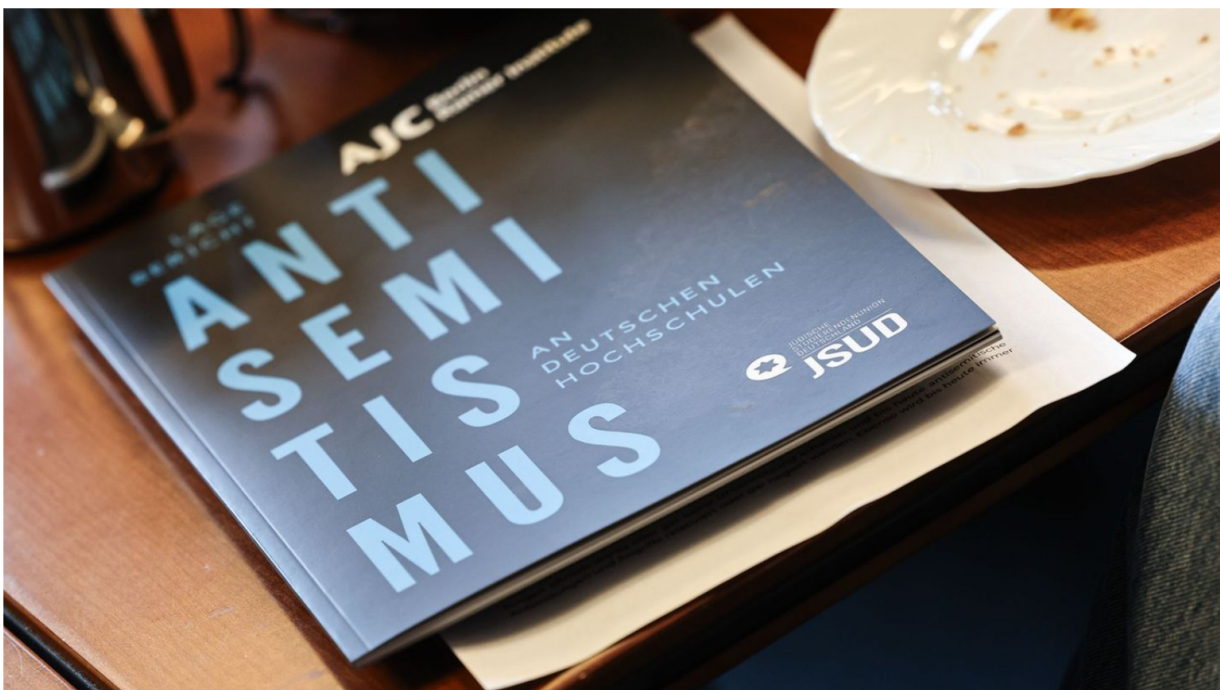
Auf B.Z.-Anfrage wiegelt das Bezirksamt Pankow ab. Der CDU-Antrag zur Lkw-Tonnagebegrenzung sei „noch nicht abschließend beraten“. Und selbst wenn, sei eine Begrenzung auf 3,5 Tonnen nicht zielführend, weil sich „der Schwerlastverkehr nur in benachbarte Straßen verlagern würde“. Zwar räumt ein Bezirksamts-Sprecher ein, „dass in den genannten Straßen partiell Absenkungen und Vertiefungen bestehen“, aber: „Diese stellen keine akuten Gefahrenstellen im Sinne einer Gefährdung der Verkehrssicherheit dar.“

Eine Lösung soll es erst geben, wenn ein umfassendes Verkehrskonzept steht. Wann das der Fall sein wird, ist nicht klar.

Datum: 19.04.2025	Medium: Stern
	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

Kampf gegen Antisemitismus

Stettner: Unis müssen Antisemitismus einheitlich bekämpfen



Viele jüdische Studierende fühlen sich an Hochschulen in Deutschland nicht mehr sicher. (Archivbild)
Foto
© Hannes P. Albert/dpa

Antisemitismus darf auch an Hochschulen keinen Platz haben - darüber besteht Einigkeit. Aber wird bald ein Senatsbeauftragter für das Thema eingesetzt? Druck kommt aus der CDU-Fraktion.

CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** fordert, bei der Besetzung der neuen Position eines Antisemitismusbeauftragten für alle Berliner Hochschulen keine Zeit mehr zu verlieren. "Wir haben in verschiedenen Institutionen Antisemitismusbeauftragte, auch in den einzelnen Hochschulen. Aber es gibt immer noch keinen Beauftragten des Senats, der für alle Hochschulen verantwortlich ist und das koordiniert", sagte Stettner der Deutschen Presse-Agentur. "Es wäre aber sehr sinnvoll, da eine gemeinsame Linie zu vertreten."

Der CDU-Politiker verlangt dabei mehr Tempo: "Der oder die Beauftragte des Senats gegen [Antisemitismus](#) an unseren Hochschulen soll schnellstmöglich mit der wichtigen Arbeit

beginnen", sagte er. "Dazu gibt es schon eine Verständigung im Senat, die muss aber umgesetzt werden. Und das ist bisher nicht passiert." Dafür zuständig sei die Wissenschaftsverwaltung.

Unis sollen einheitlich gegen Antisemitismus vorgehen

Der Handlungsbedarf ist aus Sicht des [CDU](#)-Politikers offensichtlich: "Es braucht eine berlinweite Konzeption, wie wir mit antisemitischen Vorfällen an unseren Hochschulen umzugehen haben. Es braucht eine Erklärung: Was ist wissenschaftlicher Diskurs und Meinungsfreiheit? Und was ist Antisemitismus und Judenhass?", sagte er.

"Und das muss dann bitte für alle gelten und darf nicht punktuell mal so oder so ausgelegt werden. Aus meiner Sicht darf die Meinungsfreiheit und die Wissenschaftsfreiheit nicht an der TU anders beurteilt werden als an der FU."

Senatsbeauftragter soll die Deutungshoheit haben

Selbstverständlich erwarte er von allen Berliner Hochschulen ein einheitliches Vorgehen gegen Antisemitismus. "Und selbstverständlich hat ein vom Senat Beauftragter gegen Antisemitismus an Hochschulen eine Deutungshoheit darüber, was Antisemitismus an Hochschulen ist und was nicht." Unter anderem dafür werde er schließlich eingesetzt.

Seit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist es mehrfach zu Protestaktionen und Hörsaalbesetzungen durch propalästinensische Aktivisten an Berliner Hochschulen gekommen.

Erst am Mittwoch hatte das Präsidium der [Humboldt-Universität](#) entschieden, einen Hörsaal von der Polizei räumen zu lassen. Nach Angaben der Hochschulleitung hatten die Besetzer unter anderem auf Bannern das Existenzrecht Israels geleugnet und den Hörsaal erheblich beschädigt.

Immer wieder gibt es propalästinensische Proteste an den Unis

Fast ein Jahr zuvor hatten propalästinensische Aktivisten in einem anderen Gebäude der Humboldt-Universität unter anderem Wände, Türen und Büros beschmiert und Regale umgestoßen. Damals hatte die Universitätsleitung die Besetzung zunächst geduldet. Einen Tag später rückte die Polizei dann aber doch zur Räumung an.

Propalästinensische Protestaktionen sorgten im vergangenen Jahr auch an anderen Hochschulen wie der Freien Universität oder der Technischen Universität für Schlagzeilen und zum Teil für Kritik an den Hochschulleitungen beim Umgang damit.

Datum: 23.04.2025	Medium: MOZ
MOZ	Autor: Maria Neuendorff Thema: Johannes Kraft

Bahn Berlin-Brandenburg:

Pläne für Regional-Bahnhof Buch – diese Züge könnten halten

In Berlin wird über einen neuen Regional-Bahnhof Buch nachgedacht. Können auch Pendler aus Brandenburg auf bessere Anbindungen an Flughafen BER und Stettin hoffen?

23. April 2025 um 16:00 Uhr Berlin

In Berlin wird über einen neuen Regional-Bahnhof in Buch diskutiert. Die Fraktionen der CDU und der SPD im Abgeordnetenhaus haben dazu einen Antrag zur Abstimmung vorbereitet.

Darin wird der Senat aufgefordert zu prüfen, ob und inwiefern die Errichtung und der Betrieb eines Regional-Bahnhofs am S-Bahnhof Buch im Rahmen eines Verkehrskonzepts Nord-Ost sinnvoll und realisierbar wäre.

Neuer Bahnhof für Berlin – schnelle Verbindung zum BER

Der Regionalhalt könnte dabei auf dem ehemaligen Güterbahnhof eingerichtet werden und idealerweise auch Umsteigebeziehungen zur S-Bahn ermöglichen, heißt es. Dadurch könnten sowohl die Züge der RB24 als auch einzelne Züge des RE3 oder des RE/RB66 in Buch einen Halt einlegen. „Das ermöglicht schnelle Verbindungen zum BER, in das Berliner Zentrum und bis nach Stettin“, erklärt der CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft**.

Der Politiker aus Pankow hält den Regionalhalt für dringend notwendig, weil die Region an der Stadtgrenze zu Brandenburg seit Jahren boomt. Es gehe aber nicht alleine darum, die vielen internationalen Experten im [Max Dellbrück Center](#), der Helios-Klinik sowie der ansässigen Firmen besser an den Flughafen BER anzuschließen, erläutert Kraft.

„In einem Radius von fünf Kilometern sollen ja in den kommenden Jahren noch zusätzlich über 20.000 neue Wohnungen für über 50.000 Menschen gebaut werden“, verweist Kraft auf die neuen geplanten Stadtviertel vom Blankenburger Süden bis Französisch Buchholz.

Berliner S-Bahn im Berufsverkehr überfüllt

Dazu käme, dass viele Pendler aus dem Brandenburger Umland mit dem Auto zum Bahnhof Berlin-Buch fahren, um dort in die S-Bahn zu steigen, weil der Halt schon im [preiswerteren AB-Tarif](#) liegt. Dabei sei die S2 jetzt schon chronisch

überbelegt. „Morgens zwischen 7.30 und 8 Uhr ist es schwer, überhaupt hineinzukommen“, berichtet der Abgeordnete, der selbst regelmäßig aus dem Berliner Nordosten in die Innenstadt pendelt.

Die Forderungen nach dem Regionalhalt in Buch aber gibt es schon seit mehreren Jahren. Der Bürgerverein, ansässige Firmen und der Klinik-Campus mit den wissenschaftlichen Einrichtungen machten sich erstmals 2019 dafür stark. Auch die Bezirksverordneten von Pankow beschlossen schon damals, dass sich das Bezirksamt beim Senat für einen Regional-Bahnhof Buch einsetzen soll.

Doch in der Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hegt man andere Pläne und favorisiert einen Ausbau am Karower Kreuz auf der Stettiner Bahn am Schnittpunkt zum Berliner Außenring. Auch dort soll mit dem Turmbahnhof Karower Kreuz in „Nord-Süd“- und „Ost-West“-Richtung ein neuer Regional-Bahnhof entstehen.

„Dieser Bahnhof bietet viele Umsteigemöglichkeiten und Netzverknüpfungen aufgrund weiterer dort verkehrender S-Bahn- und Regionalverkehrslinien“, erklärt Michael Herden, Sprecher der Verkehrsverwaltung. „So entstehen insbesondere auch neue Verbindungen zu den östlichen Bezirken Berlins und in westlicher Richtung nach Oranienburg.“

Umsteigen zwischen S-Bahn und Regionalzug

Bei der geplanten „Durchbindung“ der S75 am Karower Kreuz übernimmt die S75 den heutigen Linienverlauf der S8 in Richtung Birkenwerder. Die S8 soll dann über die Stettiner Bahn parallel zur S2 nach Buch geführt werden. Am Karower Kreuz ist eine Umsteigemöglichkeit zwischen der S8 und allen anderen dort stoppenden Linien des S-Bahn- und des Regionalverkehrs vorgesehen.

„Durch den neuen Turmbahnhof wird die Anbindung der Entwicklungsgebiete von Karow verbessert und die S-Bahnlinie S2 entlastet“, erklärt Herden. Darüber hinaus führe der Turmbahnhof zu Reiseverkürzungen für Fahrgäste aus und nach Buch.

„Ein zusätzlicher Regionalhalt Buch ist demnach - neben dem Turmbahnhof Karower Kreuz - aus verkehrlicher Sicht nicht zielführend“, betont der Behördensprecher. Der Turmbahnhof Karower Kreuz habe aufgrund der deutlich besseren Umsteige Verbindung, Reisezeiten und [Wohnungsbauentwicklung](#) Priorität.

Doch auch für Karow läuft derzeit gerade mal die Ausschreibung der Planungsleistungen. Baubeginn ist nach jetzigem Stand frühestens 2035, die Inbetriebnahme 2040.

Für einen Regional-Bahnhof Buch wiederum spreche, dass man dort die Fläche für den neuen Regio-Halt nicht erst wie in Karow aufwändig erschließen müsse, hält CDU-Mann und Verkehrsexperte Kraft dagegen. „Der Bau des Regional-

Bahnhofs kann als Seitenbahnsteig mit einer eingleisigen Ausfädelung im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs erfolgen, während alleine die Erschließung in Karow 80 Millionen Euro kosten würde“ so Kraft, der selbst in Berlin-Buch geboren ist, aber in Karow lebt.

Der Berliner Fahrgastverband IGEB ist da eher neutral. „Ein Regional-Bahnhof Karow, aber auch in Buch haben jeweils etwas für sich, aber beide zu bauen, wäre zu viel“, sagt IGEB-Geschäftsführer Florian Müller.

Neue S-Betriebswerkstatt in Karow

Er glaubt aber, dass der politische Wille eher zu Karow tendiere, unter anderem weil sich die Stadt dort zusätzlich an der Schönerlinder Straße eine Fläche gesichert hat, auf der perspektivisch eine neue S-Betriebswerkstatt gebaut werden könnte, die nicht der Deutschen Bahn gehört. In dieser könnten laut Müller in ferner Zukunft auch private Bahn-Unternehmen ihre Züge unterstellen, und man würde sich dadurch in Sachen Vergabe von der DB unabhängiger machen.

Die Deutsche Bahn selbst will sich zu den zwei Varianten und ihren möglichen Kosten derzeit nicht äußern. „Wenn aus Buch ein Regionalhalt werden soll, muss das vom Land Berlin über den [Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg \(VBB\)](#) bei der Deutschen Bahn AG als Infrastrukturbetreiber angefragt werden“, erklärt ein Sprecher. Erst damit würden bauliche und fahrplantechnische Planungen beginnen.

SPD und CDU fordern in dem Antrag, dass erst einmal Flächen im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs gesichert werden und der Regional-Bahnhof Buch mit „vordringlichem Bedarf“ so wie das Karower Kreuz in das [Infrastrukturprogramm 2030](#) aufgenommen wird.

Der besagte Antrag wurde nach einer ersten Lesung vor wenigen Tagen im Abgeordnetenhaus in den Ausschuss für Mobilität und Verkehr gegeben, wo er demnächst diskutiert werden soll. Eine Entscheidung der Abgeordneten wird noch vor der Sommerpause erwartet.

Datum: 26.04.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubert
	Thema: Jörn Pasternack

„Müssen damit umgehen“

BLANKENBURG: Der Bau einer neuen Flüchtlingsunterkunft birgt für Schulstadtrat Pasternack einige Unwägbarkeiten

von Thomas Schubert

Je näher der Baustart der neuesten Flüchtlingsunterkunft rückt, desto dringender stellt sich eine Frage: Wer zieht ein? Pankows Schul- und Immobilienstadtrat Jörn Pasternack (CDU) räumt ein, dass er die Antwort nicht kennt.

Rechnen muss er mit einem schwierigen Szenario. 500 Plätze im neuen Container-Domizil am Blankenburger Pflasterweg würden bedeuten, dass der Bezirk die Versorgung mit Schulplätzen schnell aufstocken muss. Am besten noch in diesem Jahr. Denn schon im vierten Quartal soll der Bau des Domizils am Gelände des künftig größten Neubauquartiers Berlins, dem Blankenburger Süden, beginnen. Dass der Senat an der Planung festhält, habe er noch einmal bekräftigt, teilt Pasternack jetzt auf Nachfrage im Schulausschuss mit.

Zugleich bleibt – wie bei vorigen Projekten, etwa bei den sieben Flüchtlingshäusern der Gesobau an der Kirchstraße – unklar, welche Art von Bewohnern einziehen soll: ob Familien mit Kindern oder einzelne



Pankows Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) beklagt die Ungewissheit über die Zusammensetzung der Bewohnerschaft in der neuen Containeranlage. Sie soll noch in diesem Jahr errichtet werden und Platz für 500 Flüchtlinge bieten. Symbolfoto: Thomas Schubert

Erwachsene. Die drängende Frage des Bezirks kann der Senat nicht beantworten. Eine Benachrichtigung an Bezirksämter gebe es erst kurz vor dem Einzug und der Eröffnung einer Unterkunft, sagt Pasternack. So falle es schwer, die Infrastruktur mit Schul- und Kitaplätzen verlässlich an-

zupassen. „Wir fragen immer wieder: Wer kommt in welche Unterkünfte? Aussagen dazu sind nicht möglich. Und damit ist es uns auch nicht richtig möglich, Bedarfe zu ermitteln“, kritisiert der Stadtrat. „Wir können so nicht vor die Lage kommen, können nicht agieren, nur reagieren. Und müs-

sen damit umgehen, wenn die Belegung da ist.“

Vorerst arbeitet Pankow mit Schätzungen. Gemessen an der vom Senat genannten Zahl von 500 Geflüchteten, die den Containerbau beziehen sollen, rechnet man mit einem Bedarf für 54 Kinder im Grund-

schulalter und 32 Jugendlichen, die man an Oberschulen vermitteln müsste. Wenn die Erweiterung des Schulangebots nicht rechtzeitig gelingt, müsse man eine Alternative ins Auge fassen, erklärt Pasternack: Dass Kinder zum Beispiel vor Ort in der Unterkunft Unterricht erhalten.

Datum: 28.04.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner



Update / Auf 23 Berliner Hauptstraßen CDU-Fraktionschef bekräftigt Aufhebungspläne von Tempo-30-Zonen

Die CDU in Berlin hatte es schon im Wahlkampf in Aussicht gestellt: Tempo-30-Zonen an Hauptstraßen stehen auf dem Prüfstand. Etliche davon sollen bis Ende des Jahres Geschichte sein.

Auf zahlreichen Berliner Straßen, auf denen bisher Tempo 30 gilt, soll bald wieder schneller gefahren werden dürfen. So werde die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 23 Hauptstraßen noch in diesem Jahr auf Tempo 50 angehoben, kündigte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** an. Das berichtete die „[B.Z.](#)“ „Wir machen jetzt die grünen Verbotshantasiere rückgängig und kehren zur Straßenverkehrsordnung zurück“, sagte der CDU-Politiker der Zeitung.

Die Verkehrsverwaltung konnte diese Zahlen auf Anfrage nicht bestätigen. Aktuell werde noch unter den Koalitionsparteien diskutiert, welche Tempo-30-Abschnitte an welchen Straßen wieder aufgehoben werden sollen, sagte Sprecherin Petra Nelken dem Tagesspiegel. Klärungsbedarf bestehe unter anderem in der Schulwegsicherung und beim Thema Straßenlärm. Weggefallen sei dagegen das Argument der Luftverschmutzung.

In einem Interview in der „[Berliner Morgenpost](#)“ sagte **Stettner**, das Thema sei in Arbeit. „Das wird in diesem Jahr umgesetzt. Ich würde mir aber natürlich auch wünschen, dass viele Dinge schneller gehen.“ [Die CDU hatte Anfang 2024 in Aussicht gestellt](#), in Berlin werde bis Mitte desselben Jahres auf zahlreichen Hauptstraßen wieder Tempo 50 gelten.

Stettner: Bisherige Gründe für Tempolimits tragen nicht mehr

Die CDU-geführte Verkehrsverwaltung hatte im Februar vergangenen Jahres darauf hingewiesen, dass die Voraussetzungen für Tempo-30-Abschnitte an 33 Straßen aus Gründen der Luftreinhaltung nicht mehr gegeben seien. Die Luftqualität habe sich so verbessert, dass die unter dem


Vorgängersensat eingeführten Geschwindigkeitsbegrenzungen unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr zu rechtfertigen seien.

Die frühere grüne Verkehrsverwaltung habe ihre eigenen Gründe gehabt, die auf bestimmten Hauptstraßen dazu geführt hätten, Tempo 30 anzuordnen, sagte Stettner der „Berliner Morgenpost“. „Diese Gründe tragen alle nicht mehr. Das betrifft 23 Hauptstraßen. Hier wird wieder Tempo 50 gelten.“ *(Tsp/dpa)*

Datum: 28.04.2025	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

■ Rentenberatung in Karow

KAROW – Haben Sie Fragen zu Ihrer Rente? Ab sofort bietet die Bürgerstiftung Karow eine kostenfreie Rentenberatung durch einen Experten an. Egal, ob es um Renteneintritt, Berechnungen oder Ansprüche geht – Lars Meissner von der Deutschen Rentenversicherung hilft an folgenden Terminen weiter: Fr. 2. Mai, 10-12 Uhr im Stiftungszimmer, Alt-Karow 28 sowie am Mi, 28. Mai, 12-14 Uhr im CDU-Kiezbüro, Berliner Str. 5 in Frz. Buchholz. Juni-Termine: 18. 6., 17-19 Uhr im CDU-Kiezbüro und 20. 6., 10-12 Uhr, im Stiftungszimmer in Karow. *Anmeld.: kraft@johannes-kraft.de*

Datum: 29.04.2025	Medium: RBB Talk
	Autor: Maria Neuendorff Thema: Johannes Kraft

rbb24 - Der Talk

Di 29.04.2025 | 20:15 | rbb24 – Der Talk



Autofreie Berliner Innenstadt? Eine Initiative will per Gesetz den privaten Autoverkehr im S-Bahn-Ring drastisch einschränken – auf nur zwölf Tage im Jahr. Gegner sehen einen massiven Grundrechtseingriff,

das Verfassungsgericht prüft. Was bedeutet das für Pendlerinnen, Besucher und die Zukunft der Mobilität in Berlin?

Was würde eine fast autofreie Innenstadt bedeuten?

Das Berliner Verfassungsgericht muss nun entscheiden, ob die Initiative "Berlin autofrei" ihre Idee eines Volksentscheids weiter verfolgen darf. Der ADAC tönt "autofrei ist sinnfrei" und sieht ebenfalls einen "massiven Eingriff" in die Grundrechte der Autofahrenden.

Andere Großstädte hingegen machen es vor: In London, Gent, Paris oder Barcelona werden die Autos durch konkrete Maßnahmen aus der City verbannt.

Was würde eine fast autofreie Innenstadt bedeuten? Welche Auswirkungen hätte das auch auf Besucher und Pendlerinnen aus Brandenburg? Und wie müsste ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept eigentlich aussehen?

All das diskutiert Volker Wieprecht unter anderem mit:

* **Johannes Kraft**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus

* **Marie Wagner** vom Volksentscheid "Berlin autofrei"

* **Martin Aarts**, international renommierter Stadtplaner

Erstsendung 29.04.2025/rbb

Die Sendung können Sie hier sehen: <https://www.rbb-online.de/fernsehen/beitrag/rbb24---der-talk/Autofreie-City-und-dann.html>